



**Peter Wichtel**

*Unsere Stimme in Berlin*

**CDU**

## Berlin Aktuell

06/2016 – 29.04.2016

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freunde,

heute ist eine weitere Sitzungswoche des Deutschen Bundestages zu Ende gegangen, in welcher wir unter anderem über die Beschlüsse der Klausurtagung der Koalitionsfraktionen gesprochen haben.

Mehr hierzu und weitere Informationen lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

[www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)



## Koalition arbeitet effektiv zusammen



(© CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Julia Nowak

In einer guten Atmosphäre haben die Geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen in der vergangenen Woche während ihrer **Klausurtagung in Rust** wichtige Entscheidungen getroffen:

- Innere Sicherheit weiter verbessern: Hier stand der Kampf gegen den Terror, gegen Sextäter und organisierte Einbrecherbanden auf der Tages-

ordnung. Gerade gegen Einbrecher kann viel durch eine verbesserte Sicherung der eigenen vier Wände getan werden. 40 % aller Einbrüche werden abgebrochen, weil die Täter nicht schnell genug in Wohnung oder Haus eindringen können. Wir stellen für die Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung weitere 50 Mio. Euro pro Jahr bereit und verfünffachen so die bisher vorgesehenen 10 Mio. Euro pro Jahr für das KfW-Programm. Wir müssen aber nicht nur den passiven, sondern auch den aktiven Einbruchsschutz verbessern: Wir brauchen mehr Polizeipräsenz, hier sind die Länder gefordert.

- Mobilität der Zukunft: Der technologische Fortschritt macht vieles möglich, was bis vor kurzem noch unglaublich schien: Das automatische Fahren, die Vernetzung von Verkehrswegen oder die Elektromobilität. Wir bauen auf die Innovationskraft der deutschen Automobilhersteller, die von entscheidender Bedeutung ist, wenn auch das Automobil der Zukunft aus Deutschland kommen soll. Dabei sind wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und Energiekosten eine wesentliche Voraussetzung, um die Attraktivität des Standorts Deutschland zu erhalten. Wir setzen vor allem auf eine gute Infrastruktur für Ladestellen.

- Europa: In unserem Europa-Papier haben wir unsere Linie in der Flüchtlingskrise dargelegt. Um die Zahl der Flüchtlinge nachhaltig zu reduzieren, müssen Außengrenzen konsequent geschützt werden, auch um den Schleusern das Handwerk zu legen. Gesetz und Recht müssen an den EU-Außen- und Binnengrenzen zur Anwendung gebracht werden. Auch zur Rolle der Türkei haben wir eine klare Haltung formuliert. Das Land hat eine strategische Bedeutung für Europa und in der Nato. Ob und wie sich die Beziehungen der EU zur Türkei verändern, ob die angedachten Visaerleichterungen zugestanden werden können, richtet sich nach den eindeutig beschriebenen Voraussetzungen, die die Türkei erfüllen muss. Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ignorieren wir nicht, sondern sprechen sie an.

## Industrie braucht faire Handelsregeln und TTIP

Auf der **größten Industriemesse der Welt in Hannover** zeigen in dieser Woche über 5.200 Aussteller aus 75 Ländern neueste Produktionstechnik für die Fabrik von morgen. Die Hannover Messe 2016 zeigt, wie die Industrie 4.0 sich über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg immer weiter vernetzt. Partnerland in diesem Jahr sind die



(© Bundesregierung / Bergmann)

USA, die den Stellenwert der Industrie wiederentdeckt haben und diesen Wirtschaftssektor kräftig ausbauen wollen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bietet uns die Chance, sich die zukünftigen Standards für Ex- und Importe nicht von den USA und Asien diktieren zu lassen, sondern mitzugestalten. Wenn die USA aber nur mit anderen Wirtschaftsregionen Freihandelsabkommen abschließen, werden unsere exportorientierten Unternehmen in diesen Handelsräumen investieren statt in Deutschland und Europa.

Gemeinsam mit den USA wie auch mit China müssen wir in der EU für faire Handelsbedingungen für Stahlzeugnisse auf dem Weltmarkt sorgen. Die große Koalition verabschiedet in dieser Woche einen gemeinsamen Antrag zur Stärkung der Stahlindustrie in Deutschland und Europa. Es handelt sich um einen industriellen Kern von zentraler Bedeutung für die industriellen Wertschöpfungsketten, der aufgrund von Überkapazitäten vor allem in China mit staatlich subventionierten Niedrigstpreisen und geringeren Emissionsauflagen konkurrieren muss.

## Aktuelles aus dem Plenum



(© Bundeswehr / Hannemann)

**In dieser Woche hat der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages seinen Jahresbericht 2015 (57. Bericht) vorgestellt.**

Die Schwerpunktthemen des diesjährigen Berichts des Wehrbeauftragten waren die materielle und personelle Ausstattung der Bundeswehr sowie die damit einhergehenden Auswirkungen auf Heimatbetrieb und Einsatz. Vor diesem Hintergrund ruft insbesondere die hohe

Dienst- und Einsatzbelastung Kritik in der Truppe hervor. Auch erscheint die Vereinbarkeit von Familie und Dienst verbesserungswürdig. Positiv wertete der Wehrbeauftragte die Entwicklung in der Betreuung von Einsatzrückkehrern. Neben der besseren Versorgung verwundeter Soldatinnen und Soldaten werde dem attestierten Mangel an Psychologen und Psychotherapeuten für die Behandlung psychisch belasteter Soldaten aktiv begegnet, indem die Universitäten der Bundeswehr ihre Studienangebote ergänzen und ausbauen. Zusammenfassend stellte der Wehrbeauftragte fest, dass es in vielen Bereichen Fortschritte gibt, selbst wenn er noch Verbesserungsbedarf sieht, um die Bundeswehr zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen.

Mit dem verabschiedeten **Antrag „Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken“** begegnen wir der schwierigen wirtschaftlichen Situation der europäischen und deutschen Stahlindustrie, die unter anderem durch das Überangebot an billigen Stahlimporten aus China hervorgerufen wird. Wir stellen fest, dass es mit dem bestehenden Instrumentarium der EU zu lange dauert, effiziente Maßnahmen gegen dieses Dumping zu ergreifen und fordern vor diesem Hintergrund etwa eine beschleunigte Anwendung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU. Daneben braucht es eine vertiefte Prüfung, inwieweit die geplante Verleihung des WTO-Status einer Marktwirtschaft an China negative Auswirkungen auf unsere Stahlindustrie haben kann. Ferner muss bei der anstehenden EEG-Novelle berücksichtigt werden, dass die Energiepreise bezahlbar bleiben. Wir sind für die Beibehaltung der vollständigen Befreiung der in der Stahlindustrie genutzten Eigenstromerzeugung von der EEG-Umlage und wollen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie bei der zukünftigen Ausgestaltung des Europäischen Emissionshandels und im Klimaschutzplan 2050 berücksichtigt wird.

## Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaft wächst weiter – Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau. Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig. Die Bundesregierung hält an ihrer positiven Prognose fest und erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent im Jahr 2016 und 1,5 Prozent im Jahr 2017. Ausschlaggebend für das erneute Wachstum ist vor allem die starke Binnennachfrage. Sie führt auch zu einem insgesamt besser austarierten Wachstum und sorgt gleichzeitig bei unseren Handelspartnern für positive Impulse. Ebenso profitiert davon der deutsche Arbeitsmarkt, der sich weiterhin sehr gut entwickelt und den positiven Trend fortsetzt. So erwartet die Bundesregierung für 2016 einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 480.000 Personen und im nächsten Jahr um 350.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,9 Millionen Erwerbstätigen.

*(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)*

Deutschland – Das Land der Biere. Zum 500. Jubiläum des Reinheitsgebotes am 23. April 2016 lassen sich erneut Spitzenwerte rund ums Thema Hopfen und Malz aus Deutschland vermelden. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden 2015 in 1.388 deutschen Brauereien rund 88 Millionen Hektoliter Bier (ohne alkoholfreies Bier) hergestellt. Die Spitzenreiter fanden sich dabei in Bayern, wo sich fast die Hälfte der Brauereien (626) befand und mit rund 23 Millionen Hektoliter auch das meiste Bier gebraut wurde. Platz zwei ging an Baden-Württemberg mit 190 Brauereien und rund 6 Millionen Hektoliter Bier Brauleistung, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, wo in 125 Betrieben mit rund 20 Millionen Hektoliter die zweithöchste Menge Bier in einem Bundesland gebraut wurde.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

**Impressum**

Peter Wichtel MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 – 77041  
Fax: 030 / 227 – 76241  
Mail: [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)  
Internet: [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)

**Redaktion**

Christoph Schmid

**Bildnachweis**

Seite 2 – CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Julia Nowak  
Seite 3 – Bundesregierung / Bergmann  
Seite 4 – Bundeswehr / Hannemann